

# Executive Summary – Staatsquotengrenze im Grundgesetz

## Hintergrund

Deutschland hat 2024 eine Staatsquote von **49,5 %** erreicht. Seit Jahren stagniert das Wachstum, während die staatlichen Ausgaben schneller steigen als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. OECD-Daten belegen: Ab einer Staatsquote von etwa **45 %** verschlechtern sich Wachstum, Produktivität und private Investitionen messbar.

Deutschland droht strukturell zu überdehnen – der Staat wird größer, aber nicht stärker. Eine Staatsquotengrenze im Grundgesetz adressiert dieses Problem an der Wurzel.

## Kernproblem

- Hohe Staatsquote = hohe Abgabenlast → geringere Wettbewerbsfähigkeit.
- Zu viele Aufgaben, zu wenig Fokus auf Kernfunktionen wie Sicherheit, Bildung und Infrastruktur.
- Private Kapitalbildung und Innovationskraft werden geschwächt.
- Reformen werden schwieriger, weil immer neue Ausgaben politisch „gesetzt“ erscheinen.
- Internationale Beispiele zeigen: Effiziente Staaten operieren deutlich unter 40 % Staatsquote.

## Warum eine Staatsquotengrenze?

Eine verfassungsrechtliche Staatsquotengrenze begrenzt die gesamtstaatlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen auf einen tragfähigen Anteil – zum Beispiel **maximal 45 % des BIP**. Sie wirkt ähnlich wie die Schuldenbremse, greift jedoch breiter und nachhaltiger, weil sie auf die gesamte Ausgabenseite zielt.

- Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates.
- Effizientere Mittelverwendung statt Ausweitung von Subventionen und Nebenprogrammen.
- Entlastung von Bürgern und Unternehmen, mehr Spielraum für Investitionen und Innovation.
- Schutz zukünftiger Generationen vor struktureller Überforderung des Staates.
- Stabilere öffentliche Finanzen und höhere Glaubwürdigkeit gegenüber Kapitalmärkten und Bürgern.

## Lösungsvorschlag

Verankerung eines neuen Artikels im Grundgesetz, der eine verbindliche Obergrenze der Staatsquote festlegt. Wesentliche Elemente:

- Festlegung eines Zielwerts (z. B. 45 % des BIP) auf Basis eines mehrjährigen Durchschnitts.
- Mehrjährige Übergangsfrist, um bestehende Haushalte schrittweise anzupassen.
- Jährliche, transparente Messung der Staatsquote durch ein unabhängiges Gremium.
- Automatische Korrekturmechanismen bei Überschreitung der Quote.
- Föderale Verantwortung: Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht.

## Fazit

Deutschland braucht eine strukturelle Modernisierung des Staates. Eine Staatsquotengrenze schafft den Rahmen, damit Politik wieder Prioritäten setzt, der Staat seine Kernaufgaben zuverlässig erfüllt und die Wirtschaft neue Kraft entfalten kann. Sie ist ein Instrument für mehr Wachstum, mehr Effizienz und mehr Generationengerechtigkeit.

*Dieses Executive Summary skizziert den Reformansatz in komprimierter Form und richtet sich an Entscheidungsträger in Politik, Verbänden, Wirtschaft und Medien.*